

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 12

Artikel: Polen : SOS der Wissenschaft
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094342>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen: SOS der Wissenschaft

In Polen hat der rechtswidrige Ausschluss von Prof. Bronislaw Geremek aus der Akademie der Wissenschaften (siehe vorletzte Nummer) zu einem offenen Konflikt geführt. Dabei geht es sowohl um die Person als auch um das Symptom.

Der Historiker Geremek, Sohn einer in Auschwitz vergasteten jüdischen Familie, ein persönlicher Berater und Freund von Lech Walesa, ist zu einer Symbolfigur des demokratischen Widerstandes geworden. Seine Entlassung richtet sich gegen das, was an akademischer und wissenschaftlicher Freiheit übriggeblieben ist.

Protest und Sanktionen

Die Kollegen in Warschau haben das erkannt. Die Mitarbeiter zahlreicher wissenschaftlicher

Institute haben in einem gemeinsamen Schreiben an die polnische Führung gegen den willkürlichen Akt protestiert.

Indessen sind die Zeiten vorbei, da die Machthaber auf einen öffentlichen Protest anders als polizeilich und administrativ reagierten. Den Dialog gibt es nur noch als Namen, nicht mehr aber als Sache. Deshalb ist die Partei nicht auf den Inhalt des Schreibens eingegangen, sondern hat Massnahmen gegen die protestierenden Wissenschaftler ergriffen.

Der Sekretär der Akademie der Wissenschaften, Zdzislaw Kaczmarek, erhielt vom Zentralkomitee der PVAP (= KP) den Auftrag, Sanktionen gegen die «antisozialistischen Elemente» zu verhängen. Den Leitern der wissenschaftlichen Institute in Warschau wurde schriftlich mitgeteilt, dass alle Personen, welche den Protest unterzeichnet und an seiner Verbreitung mitgewirkt hatten, in ihrer Tätigkeit für alle Forschungsaufträge aus dem Ausland suspendiert seien.

RGW-Arbeitsteilung für die Wissenschaft?

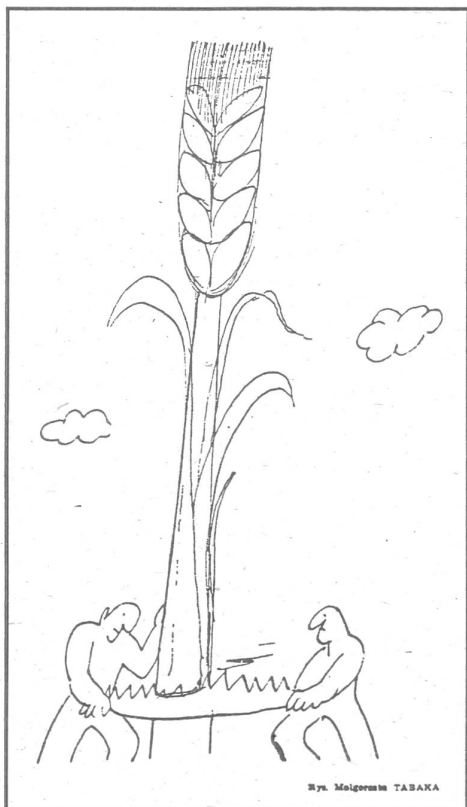
Vom Racheakt betroffen sind 350 bis 400 Wissenschaftler. Die Massnahme hat in intellektuellen Kreisen grosse Verbitterung geschaffen. Sie wird als erstes Symptom einer langfristigen «Wissenschaftspolitik» im sowjetischen Auftrag gesehen.

Was sich anbahnt, ist eine neue Arbeitsteilung innerhalb des RGW, aber diesmal nicht bezüglich Industrieproduktion oder dergleichen, sondern bezüglich der wissenschaftlichen Forschung.

Die unzuverlässigen Polen sollen dabei schwerpunktmässig mit naturwissenschaftlichen Aufträgen «betraut» werden; dafür will man sie bezüglich Geisteswissenschaften und Sozialwissenschaften «entlasten».

Vorrangig fördern will man Forschungsgebiete wie Genetik und Biotechnologie, um die phar-

mazeutische Industrie von westlichen Lizenzen unabhängig zu machen. Weiter soll Polen die medizinische Forschung im Dienste auch der Bruderländer ausbauen. Demgegenüber will man andere Forschungsgebiete, wie Sprachwissenschaft und Fremdsprachenunterricht, einschränken. Der eigentliche Abbau wäre insbesondere an den sozialen Wissenschaften vorzunehmen; denn alles, was sich hier tut, ist den Parteifunktionären suspekt. In soziologischen Kreisen befürchtet man denn auch nach der Entlassung von Prof. Geremek grossangelegte Säuberungsaktionen. Gerüchtweise spricht man von der Reduktion des wissenschaftlichen Personals auf 50 Prozent.



«Polityka», Warschau, 1. 12. 1984



«Stimmt es, Herr Dozent, dass Sie Siebenmeilenstiefel erfunden haben, um aus der Krise herauszukommen?» («Szpilki», Warschau, Nr. 18/1985)

Vor einem neuen Hochschulgesetz: Alle Macht dem Ministerium

Um eine Drosselung der wissenschaftlichen Freiheit geht es auch bei der Abänderung des Hochschulgesetzes, um die es letztes Jahr schon viel Gerangel hinter den Kulissen gab. Diesen Frühling stellte es sich heraus, dass der Zentralrat der Hochschulen (Rada Glowna Szkolnictwa Wyzszego) gegen das Projekt war, obwohl seine Mitglieder fast alle auch der Partei angehören. Angesichts dieses Widerstandes erklärte sich die Parteiführung anlässlich einer gemeinsamen Sitzung mit dem Zentralrat der Hochschulen am 4. März bereit, entgegen den ursprünglichen Projekten bestimmte Prinzipien, wie vor allem die Wählbarkeit der Universitätsbehörden und die Selbstverwaltung der Studenten, aufrechtzuerhalten.

Indessen erwiesen sich die vagen Zusicherungen als Hinhaltetaktik, und es ist klageworden, dass die Führung inhaltlich an allen wesentlichen Punkten des projektierten neuen Hochschulgesetzes festhält. Das wurde auch auf dem letzten ZK-Plenum deutlich (siehe

letzte Nummer), wo ZK-Sekretär und Politbüromitglied Jozef Czyrek (er war auch der Parteivertreter bei den Gesprächen mit dem Zentralrat der Hochschulen gewesen) das hochschulbezügl. Referat hielt.

Was sind nun die kontroversen Bestimmungen des projektierten Gesetzes? Folgende Punkte erwecken die grössten Befürchtungen:

- Der Rektor einer Universität soll entweder direkt vom Ministerium ernannt oder vom Hochschulsenat aus einem Zweivorschlag des Ministeriums ausgesucht werden.
- Der Rektor soll die Dekane ernennen.
- Aus dem Universitätssenat sollen die Vertreter der Studenten, Jungwissenschaftler oder nichtwissenschaftliche Mitarbeiter (z. B. Bibliothekare oder Techniker) möglicherweise ausgeschlossen, mindestens aber in ihren Möglichkeiten zur Mitarbeit eingeschränkt werden.
- Dem Hochschulministerium soll das Recht zugestanden werden, jeden Studenten oder Wissenschaftler «aus dem Hochschulbetrieb zu entfernen» (d. h. auszuschliessen), ferner das Recht, den Senat ohne vorhergehendes Disziplinarverfahren aufzulösen.
- Der Rest der Studentenverwaltung soll der unmittelbaren Aufsicht des Sozialistischen Jugendverbandes (ZSMP) und des Studentenverbandes unterstellt werden. (Die beiden «Jugendorganisationen» sind in Wirklichkeit nichts anderes als die Instrumente der Parteikontrolle über die akademische Jugend.)

Alle diese vorgeschlagenen Neuregelungen gehen auf Kosten von Bestimmungen, welche noch eine gewisse Autonomie der Hochschulen zulassen. Insgesamt geht es darum, die Hochschulen zu Hilfsbetrieben des Ministeriums zu machen, was mit einer Verstärkung der direk-

ten Parteikontrolle über den Forschungs- und Lehrbetrieb einhergeht.

Ohnmacht der Mehrheit

Die Reaktion von Lehrkörper und Studentenschaft ist eindeutig negativ. Rund 80 Prozent der Dozenten und 90 Prozent der Studenten betrachten (nach Schätzung der Projektgegner) die «neue Kultur- und Hochschulpolitik» (wie Czyrek euphemistisch sagt) als Bedrohung für die Wissenschaft, wenn nicht als Rückkehr in die dunklen Zeiten der Stalin-Herrschaft.

Die durch das Gesetzesprojekt aufgeschreckten Studenten und Dozenten haben versucht, durch Protestaktionen den Widerstand zu organisieren. (Aktivisten sind allerdings fast nur jüngere Studenten; die älteren Studenten sind vorsichtiger, um ihren Abschluss nicht zu gefährden.)

- Die Studenten und Wissenschaftler haben sofort Kontakt zur verbotenen, aber immer noch einflussreichen Gewerkschaft Solidarnosc aufgenommen. Die Aussichten auf einen neuen politischen Schulterschluss zwischen Arbeiterschaft und Studentenschaft sind insofern günstig, als die Arbeiter grosse Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Preiserhöhungen bekunden.
- Öffentliche Protestkundgebungen von Studenten und Wissenschaftlern haben in Breslau, Warschau, Krakau, Danzig und Lublin stattgefunden. Man sucht eine national koordinierte grössere Protestaktion zu organisieren.

Demgegenüber steht die Macht des totalitären Staates. Wenn den polnischen Studenten und Wissenschaftlern nicht durch internationale Solidarität geholfen wird, haben sie keine Chance, dagegen aufzukommen.

Bohdan Gorski



Geelhaar
für alle Teppiche.
für sämtliche Teppichreparaturen.
für jede Teppichpflege.
Marktgasse 42 Tel. 22 05 66
Thunstrasse 7 Tel. 43 11 44

**STEIGER
DRUCK AG
BERN**



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

City Bank-Anlageplus

4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 30. Juni 1985

CITY BANK Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus
Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich